

Parteien links der Sozialdemokratie in Europa

Die deutsche Parteienlandschaft hat sich auf Bundes- wie Landesebene zu einem Fünfparteiensystem transformiert. Mit der wohl bleibenden Etablierung einer Partei links der Sozialdemokratie ist Deutschland

gleichsam in der europäischen Normalität angekommen. In fast allen Ländern Europas sind Parteien, die links der Sozialdemokratie zu verorten sind, permanente Akteure auf der politischen Bühne geworden.



Die sich verändernde Parteienlandschaft stellt die Sozialdemokratie in ganz Europa vor große Herausforderungen. Was sind die Gründe für das Aufkommen und den Erfolg der europäischen Linksparteien? Wie soll die Sozialdemokratie mit den Linksparteien umgehen: Sind Abschottung und Ausgrenzung oder Kooperation und pragmatische Zusammenarbeit die richtigen Rezepte? Was können wir aus dem europäischen Vergleich für Deutschland lernen?

REFERENTEN



Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Studium der Japanologie, Promotion. 1993 bis 2000 stellvertretende Bundesvorsitzende der PDS. 2000 bis 2002 Mitglied des Parteivorstandes der PDS. 1999 bis 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments, 2004 bis 2007 Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. Seit 2010 Mitglied der SPD. Landesvorsitzende der Europa-Union, Berlin.



Dr. Werner A. Perger

Studium der Rechtswissenschaft, Promotion. Journalist, unter anderem bei der Wiener „Presse“ und dem „profil“. Er lebt seit 1970 in Deutschland, kam 1991 zur ZEIT. Er lebt heute als Reporter in Berlin und schreibt außer über deutsche Politik insbesondere auch über Finnland, Schweden, die Niederlande, Spanien und Österreich. Verfasser zahlreicher Studien für die Friedrich-Ebert-Stiftung.



Dr. Tim Spier

Studium der Rechtswissenschaften und Politikwissenschaften in Göttingen, Promotion über die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien. Seit 2009 Akademischer Rat an der Universität Düsseldorf. Forschungsschwerpunkte sind die empirische Wahl- und Parteienforschung.

September 2011

ISSN 1861-8014

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
Referat Berliner Akademiegespräche
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Telefon: 030 26935-7142

Fax: 030 26935-9245

Text: Mirjam Weigand

Redaktion: Tobias Mörschel

Fotos: Jens Schicke

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign

Druck: Media-Print Informationstechnologie GmbH,
Paderborn

© Friedrich-Ebert-Stiftung



Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist im Qualitätsmanagement zertifiziert nach EFQM (European Foundation for Quality Management): Committed to Excellence.



Tim Spier

Parteien links der Sozialdemokratie in Westeuropa

Vor dem Hintergrund der (west)deutschen Nachkriegsgeschichte erscheint die Existenz einer parlamentarisch relevanten Partei links von Sozialdemokraten und Grünen als bemerkenswerte Ausnahmeerscheinung. Schon vor ihrem Verbot 1956 hatte die KPD jeden nennenswerten Rückhalt in der Wahlbevölkerung verloren, spätere Neugründungen kamen nie über den Status von Splittergruppen hinaus. Die PDS musste seit ihrem ersten Antritt 1990 stets um ihren Einzug in das Bundesparlament bangen, erst mit der Bundestagswahl 2005 und der späteren Vereinigung von PDS und WASG zur Partei „Die Linke“ begann der Wahlerfolg einer linken Flügelpartei, die von vielen Beobachtern als ein Novum in der politischen Landschaft wahrgenommen wird. Ein Blick in andere westeuropäische Parteiensysteme zeigt jedoch, dass ebensolche Linksparteien eher eine europäische Normalität darstellen. Um die Entwicklung der deutschen Linkspartei beurteilen zu können, lohnt es sich, die Konturen des Phänomens europäischer Linksparteien genauer in Augenschein zu nehmen und ihre länderübergreifenden Erfolgsbedingungen zu analysieren.

Panorama der Linken in Westeuropa

Die meisten der heute erfolgreichen Linksparteien in Westeuropa gehen direkt oder indirekt auf das große Schisma der Arbeiterbewegung, die Spaltung in sozialdemokratische und kommunistische Parteien im Gefolge des Ersten Weltkriegs, zurück. Nach wechselnden Erfolgen in der Zwischenkriegszeit konnten die westeuropäischen Kommunisten vor allem unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg Erfolge erringen. Spätestens in den 1970er Jahren wurde aber deutlich, dass die kommunistischen Parteien in Westeuropa sich im



elektoralen Niedergang befanden. Ihre Rolle im Kalten Krieg, insbesondere ihre Abhängigkeit von der Sowjetunion und ihre systemkritische Grundhaltung, machten sie für viele Bürger völlig unwählbar.

Die Wege der kommunistischen Parteien in Europa sind höchst unterschiedlich. Um den elektoralen Niedergang abzuwenden, gingen sie in vielen Ländern Bündnisse mit anderen Gruppierungen der Linken ein. Eine deutlich andere Traditionslinie bilden die trotzkistischen und maoistischen Neugründungen der 1960er und 1970er Jahre. Diese Parteien sind zwar meist reine Splittergruppen und Politsekten geblieben, aber zumindest in Frankreich und den Niederlanden elektoral durchaus relevant. Das über lange Zeit erfolgreichste Modell von Linksparteien in Westeuropa stellen aber die linkssozialistischen Parteien in Skandinavien dar. Prototypisch für diese Gruppe sind die dänische Socialistisk Folkeparti und die norwegische Sosialistisk Venstreparti, die schon in den 1960er Jahren versuchten, einen dritten Weg zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten einzuschlagen. In den 1970er Jahren gelang es beiden Parteien, sich als linksalternative



Kraft in ihren jeweiligen Parteiensystemen zu etablieren, was bisher effektiv den Erfolg grüner Parteien unmöglich gemacht hat.

Erfolgsbedingungen westeuropäischer Linksparteien

Trotz der Heterogenität ihrer historischen Wurzeln macht es Sinn, die westeuropäischen Linksparteien als eine große Parteienfamilie aufzufassen. Neben der Tatsache, dass sie sich im Europaparlament schon länger zur Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke und viele von ihnen auch zur Europäischen Linkspartei zusammengeschlossen haben, spricht vor allem das Argument der funktionalen Äquivalenz hierfür: Sie sind linke Protestparteien, die insbesondere Unzufriedenheit mit bestehenden sozialdemokratischen und grün-alternativen Parteien auffangen, sie in parlamentarische Bahnen kanalisieren und dadurch – sicherlich teilweise unfreiwillig – die demokratische Legitimität des Gesamtsystems steigern.

Man kann eine Reihe von Faktoren ausmachen, die die Wahlergebnisse westeuropäischer Linksparteien befördern oder behindern. Die wichtigste Erfolgsbedingung ergibt sich schon aus dem Charakter als linke Protestparteien: Sie profitieren vor allem von der Unzufriedenheit mit Reformmaßnahmen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die insbesondere Regierungen unter sozialdemo-

kratischer Führung treffen. Viel stärker als im Falle ähnlicher Maßnahmen durch bürgerliche Regierungen trifft ein Modernisierungskurs durch Sozialdemokraten auf Skepsis und Ablehnung in eigenen Stammklientelen, insbesondere in den traditionellen Arbeitnehmermilieus. Diese stark wohlfahrtsstaatsaffinen Gruppen empfinden sozialpolitische Reformen und Einschränkungen im Leistungsniveau häufig genug als persönliche Kränkung, wenn sie von Parteien herbeigeführt werden, die man über lange Jahre unterstützt hat. Die Bindung an traditionell bevorzugte Parteien nimmt dann ab, politische Apathie oder die Wahl einer anderen Partei sind häufig genug die Folge.

Linksparteien können von diesen Bindungsverlusten in Teilen der sozialdemokratischen Stammklientelen profitieren, dies ist jedoch in hohem Maße von ihrer eigenen strategischen und inhaltlichen Ausrichtung abhängig. In Westeuropa unterstützen zwei relativ distinkte Wählergruppen die Linksparteien. Einerseits – vor allem in Skandinavien – ein häufig genug bereits arriviertes alternatives Milieu, dessen Mitglieder typischerweise gut ausgebildet sind, entweder der „68er“-Kohorte oder jüngeren Altersgruppen mit libertären und postmaterialistischen Einstellungen entstammen und materiell im Allgemeinen nicht allzu schlecht gestellt sind. Andererseits können klassische Arbeitermilieus und neuere Gruppen mit Prekarisierungserfahrungen angesprochen werden. Hier ist das formale Bildungsniveau typischerweise nicht so hoch, und auch die materielle Ausstattung dieser Kreise dürfte deutlich geringer ausfallen. Die Wahl einer Linkspartei ist hier häufiger mit konkreten materiellen Hoffnungen verbunden oder Ausdruck einer grundlegenden Protesthaltung.

Während insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren die skandinavischen Linksparteien davon profitierten, dass sie mit einem rot-grünen Policy-

Mix gerade die linksalternativen Milieus ansprechen, sind seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts gerade die Parteien im Vormarsch, die eher die zweite Wählergruppe ansprechen. Mit betont sozialpopulistischen Strategien und einem radikalen Oppositionskurs versuchen sie insbesondere in die entfremdeten Arbeitnehmermilieus einzudringen. Besonders pointierte Reform-Sozialdemokratien, etwa die niederländische PvdA, haben dies stark zu spüren bekommen. Hingegen konnten eher traditionalistische Parteien, wie die französischen Sozialdemokraten, Verluste an konkurrierende Linksparteien weitgehend in Grenzen halten.

Die historischen Wurzeln der jeweiligen Linksparteien scheinen die heutigen Wähler kaum abzuschrecken. Weder ehemals stalinistisch ausgerichtete Altkommunisten noch einst sektenhafte Troztkisten und Maoisten haben heute besondere

Schwierigkeiten zu reüssieren, wenn sie sich glaubhaft von ihrer Vergangenheit abgesetzt haben.

Elektorale Probleme resultieren für Linksparteien vor allem aus der Bereitschaft, sich an Regierungen zu beteiligen. Der Nimbus des kompromisslosen Protests wird hierdurch gebrochen, die Parteien müssen nun beweisen, dass sie es besser können. Selbst die skandinavischen Linksparteien, die schon seit vielen Jahren sozialdemokratische Minderheitskabinette tolerieren oder sich selbst an Regierungsbündnissen beteiligten, mussten darüber Verluste in den protestorientierten Teilen ihrer Wählerschaft hinnehmen. Insbesondere in Schweden gelang es den Sozialdemokraten, über derartige Koalitionen ehemalige Wähler zurückzugewinnen. In Frankreich hat die kommunistische Partei (PCF) ihre Regierungsbeteiligung 1997 nicht nur an den Rand einer Spaltung gebracht, sondern ihre Ergebnisse bei der Folgewahl halbiert.



Werner A. Perger

Kommentar



Schaut man sich die westeuropäische Partein Szene an, wird deutlich, dass ein wesentlicher Effekt des Auftretens der Linksparteien unterschiedlicher Couleur die Schwächung der Sozialdemokratie ist. Die sozialdemokratischen Parteien sitzen in fast allen Ländern in der Klemme zwischen linken Parteien auf der einen Seite, die sich als Antiparteien zur Sozialdemokratie zu profilieren suchen, und konservativen Parteien auf der anderen Seite, die bestrebt sind, die Mitte zu besetzen und sich zu sozial sensiblen Parteien zu entwickeln.

Welche Möglichkeiten gibt es, sich aus dieser Klemme zu befreien? Ich sehe im Wesentlichen vier Aspekte, die es zu bedenken gilt.

1. Inhaltliche Neuorientierung

Meiner Auffassung nach muss ein neuer Begriff der sozialen Gerechtigkeit definiert und entwickelt werden. Die Debatte über einen Weg zwischen traditioneller alter Marktwirtschaft und traditioneller Staatswirtschaft (Stichwort „dritter Weg“)

ist ja in den vergangenen Jahren bereits ausführlich geführt worden. Inhaltlich ging sie in die richtige Richtung. Ich habe jedoch den Eindruck, dass die Art und Weise, wie sie geführt wurde – nämlich von oben nach unten –, kontraproduktiv war.

Die sozialdemokratischen Parteien – im konkreten Fall die SPD – müssen aus sich heraus wieder interessant werden, so dass die Linke an einer inhaltlichen Auseinandersetzung nicht vorbeikommt. Dann kann die SPD punkten. Hierfür ist es allerdings notwendig, dass sie sich öffnet – gegenüber der eigenen Mitgliedschaft und gegenüber künftigen Mitgliedern. Die institutionelle Körpersprache der Partei muss sich verändern – weg von einem Gestus, der sich gegen die Einmischung von unten wendet, hin zu mehr Bereitschaft zur Öffnung und Auseinandersetzung.

2. Die Partei als Kümmererpartei

Hinzu kommt, dass diese kleinen sozialistischen oder Linksparteien machen, was die Sozialdemokraten zunehmend vernachlässigt haben: die Arbeit an und mit der Basis. Die Vertreter/innen der Linksparteien verbringen in vielen Ländern ihren politischen Alltag viel näher an den kommunalen Problemen als die Sozialdemokratie. Wichtig ist meiner Beobachtung nach, in der Kommunalpolitik verankert zu sein, ein Kümmerkasten zu sein – eine „Kümmererpartei“ im Sinne des Begriffes, wie ihn Johannes Rau geprägt hat: die Kümmererpartei, die man anrufen kann, wenn es mit der Rente nicht stimmt, wenn etwas am Haus nicht klappt oder es Ärger in der Straße gibt.



Konkret: Es ist also nicht nur ein ideologisch freier Raum entstanden, der neu besetzt werden muss, sondern Grund für die schwierige Lage der Sozialdemokratie ist auch die Entwicklung hin zu einer Partei, die mit den Menschen mehr über das Internet verkehrt als direkt.

3. Öffnung und Bündnispolitik im politischen Alltag

Die sozialdemokratischen Parteien sollten weiterhin als linke Parteien darüber nachdenken, dass es „Linke“ unter verschiedenen Etiketten gibt – das bedeutet: nicht nur in der Sozialdemokratie, nicht nur in den Gewerkschaften und nicht nur in der Linkspartei. Sie sollten also gesellschaftliche Bündnisse anstreben und sich auch stärker in der Welt der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bewegen. Früher sprach man von Vorfeldorganisationen; das waren Sportvereine, die Feuerwehr und die Blaskapelle. Vorfeld

im politischen Sinne ist heute aber viel mehr. Damit der Kontakt zustande kommen kann, wird es allerdings darauf ankommen, dass es die richtigen Leute machen. Damit bin ich bei meinem letzten Punkt.

4. Neue Persönlichkeiten

Die Rekrutierung neuer Persönlichkeiten ist meiner Auffassung nach essentiell. Dazu braucht es eine Reform der Parteiarbeit, damit die „richtigen“ Leute kommen und nicht nur Karrieristen in die Partei einsteigen. Denn dass sich die interessantesten jungen und kreativen Leute heute vornehmlich bei den NGOs engagieren oder aber sogar nur noch von zu Hause aus beteiligen, in dem sie posten, mailen oder twittern, ist sehr bedauerlich. Das kann und sollte eine Volkspartei mit dem Anspruch, den die Sozialdemokratien haben, nicht tatenlos hinnehmen.

Sylvia-Yvonne Kaufmann

Kommentar



Die Situation der westeuropäischen Linksparteien ist in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Es gibt stärkere und schwächere Fraktionen – gemeinsam ist ihnen allerdings, dass sie sehr unterschiedliche Positionen vertreten und ausgesprochen heterogen agieren. Dies führt dazu, dass die Schlagkraft dieser Parteien – im Gegensatz zum großen Einfluss, den sie teilweise national haben – auf europäischer Ebene äußerst gering ist. Ich finde es trotzdem wichtig, sich mit zwei Aspekten auseinanderzusetzen, die auch gerade für die SPD und ihren Umgang mit der Linken äußerst relevant sind.

Meiner Beobachtung nach erzielen viele der Linksparteien Wahlerfolge dadurch, dass sie sich als Kümmererparteien inszenieren und sich auch tatsächlich mit den Alltagssorgen der Menschen auseinandersetzen. Das ist eine Flanke, die die SPD – aus meiner Sicht – völlig zu Unrecht freigegeben hat. Hier müssten wir als Partei einen anderen Umgang entwickeln, um Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen. Ich will das an einem konkreten Beispiel verdeutlichen: Viele Bürge-

rinnen und Bürger der früheren DDR haben sich erst dann als DDR-Bürger gefühlt, als sie das Gefühl hatten, in der neuen Gesellschaft mit ihrer Vergangenheit ausgegrenzt zu werden. Die PDS hat dieses Gefühl in der Bevölkerung politisch artikuliert und dementsprechend für sich genutzt. Diesem Umstand müsste man sich in der politischen Auseinandersetzung stellen.

Ich habe den Eindruck, dass wir es heutzutage in Westeuropa nicht mit einer neuen Situation zu tun haben. Wir haben seit vielen Jahren Parteien links von der Sozialdemokratie. Das Selbstverständnis dieser Parteien nährt sich in erster Linie daraus, dass sie sich als Antiparteien zur jeweiligen Sozialdemokratie definieren. Es geht nicht darum, zu schauen, wo es Anknüpfungspunkte gibt oder an welchen Stellen man gegebenenfalls kooperieren könnte, sondern nur darum, sich in der Selbstdefinition als Partei gegen die Sozialdemokraten zu profilieren.

Von sozialdemokratischer Seite müssen deshalb die politischen Auseinandersetzungen in diese Richtung geführt werden und weniger in die Richtung der Vergangenheit.

Das bedeutet für mich, in die inhaltliche Auseinandersetzung zu gehen. Denn dort kann man bei vielen Themen – insbesondere im Bereich der internationalen und der Europapolitik feststellen, dass die Linke keine politischen Alternativkonzepte hat. Ziel muss sein, die Linke dazu zu bringen, politische Verantwortung zu übernehmen. Denn solange eine Partei – wie zum Beispiel in Griechenland, wie die niederländische

Linke oder auch die deutsche Linke – permanent nur auf Protest, nur auf das Sammeln von Stimmen von unzufriedenen Bürgerinnen und Bürgern fixiert ist, muss sie den Praxistest nicht eingehen und kann in der Position des Kritikers bleiben.

Ein wesentlicher Schritt dahin ist, dass die SPD sich selbst wieder profiliert. Ich mache das am Beispiel Europa deutlich: Wer in der Bundesrepublik oder in anderen europäischen Ländern weiß schon, dass die Sozialdemokratische Partei Europas existiert? Wer kennt das, was sie beschließt? Wer identifiziert die Sozialdemokratische Partei Europas mit Personen? Ich bedauere es sehr, dass die europäische Sozialdemokratie sich nicht dazu durchringen konnte, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit einem eigenen Kandidaten für den Posten des Kommissionspräsidenten anzutreten. Denn ich bin davon überzeugt, dass eine solche Personalisierung sozialdemokratischer Politik auf europäischer Ebene es ermöglichen würde, politische Debatten über Ländergrenzen hinweg zu führen und zur Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit beizutragen. Diese brauchen wir dringend und hier hat die Sozialdemokratie eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die es in Zukunft zu nutzen gilt.



Bisher erschienen:

- Nr. 1 Globale Demokratisierung und die Rolle Europas
- Nr. 2 Religion und Politik
- Nr. 3 Die Zukunft des Sozialstaats
- Nr. 4 Ländervergleich von Modellen Sozialer Demokratie
- Nr. 5 Gerechtigkeit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft
- Nr. 6 Weltethos und Weltfriede
- Nr. 7 Lokaljournalismus und Kommunalpolitik
- Nr. 8 Braucht Deutschland Religion?
- Nr. 9 Das neue Grundsatzprogramm
- Nr. 10 Fundamentalismus
- Nr. 11 Vollbeschäftigung und Gloablisierung – ein Widerspruch?
- Nr. 12 Werte und Verantwortung von Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik
- Nr. 13 Vorsorgender Sozialstaat
- Nr. 14 Öffentliche Güter – was ist des Staates?
- Nr. 15 Parteiprogramm und politisches Handeln
- Nr. 16 Klimapolitik: Die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts?
- Nr. 17 Gerechtigkeit – Gesellschaftliche Ausgrenzung – Armutspolitik?
- Nr. 18 Die Zukunft der Mitgliederpartei in Europa
- Nr. 19 Islamismus in Deutschland
- Nr. 20 Religion und säkularer Staat
- Nr. 21 Antisemitismus – Forschung und aktuelle Entwicklungen
- Nr. 22 Bildung und Gerechtigkeit
- Nr. 23 Jung, politisch, sucht – Das Hamburger Programm der SPD?
- Nr. 24 Religiöse und demokratische Werte im Spannungsfeld internationaler Politik
- Nr. 25 „Im Schatten des Minarets“ – Moscheebaukonflikte in Deutschland
- Nr. 26 Die neue Klassengesellschaft?
- Nr. 27 „Islamischer Antisemitismus“ und „Islamophobie“
- Nr. 28 Bildungspolitischer Handlungsbedarf durch die Europäisierung der Berufsbildung
- Nr. 29 Gute Arbeit – Perspektiven für das 21. Jahrhundert
- Nr. 30 Migration – Religion – Integration
- Nr. 31 Kapitalismus 2.0: Irgendwie anders – irgendwie besser
- Nr. 32 Was ist gerechte Politik?
- Nr. 33 Populismus. Eine Herausforderung für die Demokratie
- Nr. 34 Determinanten von Radikalisierung in muslimischen Milieus aus deutsch-britischer Perspektive
- Nr. 35 Respekt und Zumutung – Religion, Homosexualität und das Zusammenleben in der pluralen Gesellschaft
- Nr. 36 Demokratie (be)leben! Mehr junges, gesellschaftspolitisches Engagement ist möglich
- Nr. 37 Wie weiter, SPD?
- Nr. 38 Religiöser Pluralismus und Toleranz
- Nr. 39 Reformbaustelle Volkspartei: Berufspolitiker- oder Mitgliederpartei?
- Nr. 40 Auf dem Weg in die Postdemokratie?
- Nr. 41 Forum Soziale Demokratie „Warum Europa?“ Antworten und noch mehr Fragen aus Perspektive Sozialer Demokratie

